

Pressemitteilung

Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände
für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH) e.V.



Wo der Schuh Vertriebsunternehmern am meisten drückt – CDH formuliert klare Forderungen an die Politik



Anlässlich der CDH-Hauptversammlung 2011 unterstrich Heinrich Schmidt, Präsident der Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH) e.V., im Roten Rathaus in Berlin seine Forderungen an die Politik. So sprach er sich gegen die Einführung einer PKW-Maut und Vignettenpflicht und für eine Erhöhung der Spesensätze für Dienstreisende sowie eine unbegrenzte Weitergeltung der derzeitig befristeten Regelung der Ist-Besteuerung aus. Alles Themen, die die ureigensten Bereiche der Vertriebsunternehmer betreffen.

Der Einladung der CDH zu der Festveranstaltung ins Rote Rathaus folgten zahlreiche Vertreter der Wirtschaft, Politik, Wirtschaftsverbände sowie das Who's Who des Vertriebs. Referenten des Events waren Dr. Jens-Peter Heuer (Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin), Ernst Burgbacher MdB (Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie in Berlin und Beauftragter der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus) und Alexander Mackat (Marketingsspezialist und Buchautor).

Die CDH vertritt die Interessen von ca. 60.000 Handelsvertretungen in Deutschland. Der Präsident der CDH, Dipl.-Ing. Heinrich Schmidt, zeigte dementsprechend in seiner Ansprache diejenigen Probleme auf, mit denen Vertriebsunternehmer wie Handelsvertreter tagtäglich zu kämpfen haben. Rahmenbedingungen für Handelsvertretungen müssten verbessert werden, schließlich spielten sie mit einem Einschaltungsgrad von 30% in inländische Warenströme eine maßgebliche Rolle in der deutschen Wirtschaft.

Verkehrspolitische Forderungen der CDH

CDH-Präsident Schmidt sprach sich entschieden gegen die Einführung einer Autobahnmaut für PKW oder einer Vignettenpflicht für PKW auf Autobahnen aus. Zwar werde seitens der Bundesregierung unter Hinweis auf die Koalitionsvereinbarungen ständig beteuert, in dieser

Legislaturperiode keine Autobahn-Maut bzw. Vignettenpflicht für PKW einführen zu wollen. Aber was komme danach? Der Handelsvertreter als beruflicher Vielfahrer, der jährlich durchschnittlich mehr als 40.000 KM auf den Straßen unterwegs sei, wäre jedenfalls von einer Pkw-Maut in besonderer Weise aufgrund einer erheblichen Steigerung von Kosten betroffen.

Steuerpolitische Forderungen der CDH

Zum Thema Steuerbelastungen appellierte Schmidt an die Bundesregierung, dass es außerordentlich wichtig sei, bei der Umsatzsteuer die sogenannte Ist-Besteuerung auch über das Jahresende 2011 hinaus an die 500.000 Euro-Grenze zu knüpfen – d.h. die derzeitige befristete Regelung unbegrenzt weiter gelten zu lassen. Denn durch eine verschärfte Soll-Besteuerung werde den Handelsvertretungen notwendige Liquidität entzogen.

In Anbetracht der beabsichtigten Neuordnung des Reisekostenrechts forderte Schmidt zudem, die Spesensätze für Dienstreisende nicht zu kürzen. Vielmehr müssten diese auf ein realitätsgerechtes Niveau erhöht werden. Von 12 Euro bei einer Abwesenheit von 14 Stunden bzw. 24 Euro bei einer ganztägigen Abwesenheit könne sich im Grunde genommen niemand ernähren.

Darüber hinaus sollten die Anforderungen an „Zusammenfassende Meldungen“ praxisgerecht abgemildert werden. In der Zusammenfassenden Meldung müssten Handelsvertreter Umsatzsteuer-Identifikationsnummer und erzielten Nettoprovisionsumsatz eines jeden vertretenen Unternehmens einzeln angeben. Vertriebsunternehmer, die beispielsweise 15 Hersteller aus der EU vertreten, hätten somit einen erheblichen administrativen Mehraufwand. Diese Pflicht führe zu der grotesken Situation, dass Handelsvertreter in den Formularen etwas eintragen sollen, von dem sie nicht wissen, ob und vor allen Dingen auch wann es sich ereignet hat. Zudem müssten sie dann auch noch in der monatlichen Umsatzsteuererklärungen und in den Voranmeldungen die Bemessungsgrundlage aller innergemeinschaftlichen Vermittlungsleistungen zusammengefasst angeben bzw. schätzen. Dies alles stehe völlig im Widerspruch zu dem Bekenntnis, Bürokratie abbauen zu wollen.

Die CDH forderte vor diesem Hintergrund die Bundesregierung auf, sich energischer gegen die Verteuerung des Wirtschaftsverkehrs und für weiteren Bürokratieabbau einzusetzen.

Berlin, 27. Mai 2011